

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Sitzungsdokument

ENDGÜLTIG
A6-0198/2005

20.6.2005

BERICHT

über die Europäische Union und Irak - Rahmenkonzept für ein zunehmendes Engagement
(2004/2168(INI))

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Berichterstatter: Giorgos Dimitrakopoulos

INHALT

	Seite
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	3
BEGRÜNDUNG.....	13
STELLUNGNAHME DES ENTWICKLUNGSAUSSCHUSSES	19
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR INTERNATIONALEN HANDEL	24
VERFAHREN.....	28

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zur Europäische Union und Irak - Rahmenkonzept für ein zunehmendes Engagement (2004/2168(INI))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament - Die Europäische Union und Irak - Rahmenkonzept für ein zunehmendes Engagement (KOM(2004)0417),
- in Kenntnis des gemeinsamen Schreibens des Rates der Europäischen Union und der Kommission zum Thema "Irak – eine mittelfristige Strategie der EU", D(2004)10111, vom 9. Juni 2004,
- in Kenntnis des Dokuments der Kommission zum Thema "Irak-Hilfsprogramm 2005", PE/2005/401,
- in Kenntnis des Vermerks des Rates der Europäischen Union betreffend die integrierte Mission der Europäischen Union zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit in Irak, 6405/3/05 - REV 3, vom 21. Februar 2005,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates auf seinen Tagungen von Brüssel (17. Februar 2003) und Thessaloniki (19. und 20. Juni 2003) sowie der Erklärung des griechischen Vorsitzes (Athen, 16. April 2003),
- in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Rates "Außenbeziehungen" vom 25. April 2005,
- unter Hinweis auf die Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 1483 (2003), 1500 (2003), 1511 (2003) und 1546 (2004),
- unter Hinweis auf seine vorhergehenden Entschlüsse vom 16. Mai 2002 zu der Lage im Irak elf Jahre nach dem Golfkrieg¹, vom 30. Januar 2003² und 16. September 2004³ zur Lage im Irak, seine Empfehlung an den Rat vom 24. September 2003 zur Lage im Irak⁴ und den Beschluss 2004/155/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments gemäß Nummer 24 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 6. Mai 1999 für die Rehabilitation und den Wiederaufbau von Irak⁵,
- gestützt auf Artikel 45 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und der Stellungnahmen des Ausschusses für Entwicklung und des Ausschusses für internationalen Handel (A6-0198/2005),

¹ ABl. C 180 E vom 31.07.03, S. 499.

² ABl. C 39 E vom 13.02.04, S. 67.

³ ABl. C 140 E vom 09.06.05, S. 157.

⁴ ABl. C 77 E vom 26.3.2004, S. 226.

⁵ ABl. L 54 vom 23.2.2004, S. 1.

- A. in der Erwägung, dass der Ausbruch des Kriegs in Irak bedauerlicherweise an die Stelle einer politischen Lösung trat, durch die der politische Wandel und die Demokratisierung in diesem Land unterstützt werden sollte,
- B. in der Erwägung, dass der Konflikt zu einer tief gespaltenen internationalen Gemeinschaft geführt hat,
- C. in der Erwägung, dass die Terrorismusbekämpfung und der Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beides Angelegenheiten sind, die von grundlegendem Interesse für die Völkergemeinschaft sind,
- D. in der Erwägung, dass sich das Parlament einig ist, was seinen Wunsch nach einer raschen und umfassenden Lösung der vielen Probleme, die es heute immer noch im Irak gibt, betrifft,
- E. in der Erwägung, dass die langanhaltende Diktatur mit der Unterdrückung der Bevölkerung, das internationale Embargo und der Krieg zu einem Kollaps der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in Irak geführt hat, was Anarchie und Unsicherheit Tür und Tor geöffnet hat,
- F. unter Hinweis darauf, dass der zunehmende Mangel an Sicherheit, Terrorakte, Entführungen von Zivilisten, einschließlich Journalisten, und Menschenrechtsverletzungen in den letzten Monaten an der Tagesordnung waren und das tägliche Leben der normalen irakischen Bürger stark beeinträchtigt wird,
- G. unter Hinweis darauf, dass die EU keine Wahlbeobachter zu den Wahlen vom Januar 2005 entsandt hat, die die Ereignisse vor Ort in Augenschein hätten nehmen können, obwohl sie eine bedeutende Rolle bei der Unterstützung und Finanzierung ihrer Vorbereitung gespielt hatte,
- H. in der Überzeugung, dass der Prozess des Wiederaufbaus nicht als lediglich mechanischer Vorgang betrachtet werden sollte, der darauf beschränkt ist, Infrastrukturen wieder aufzubauen, sondern vielmehr als das Ergebnis einer allumfassenden politischen Strategie, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Umwandlungen auf der Grundlage der vollständigen Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Minderheitenrechte mit sich bringt,
- I. in der Überzeugung, dass zu den Parametern, die bei der Wiederaufbaustrategie berücksichtigt werden sollten, externe und internationale Gesichtspunkte, heimische Elemente und nichtstaatliche Beiträge zählen,
- J. unter Hinweis darauf, dass die Gesellschaft und das soziale Leben des Irak durch die Diktatur Saddam Husseins, die Verletzung der Menschenrechte, die Unterdrückung des irakischen Volkes und den Krieg vollkommen zerrüttet wurden und deshalb dringend einer Neugestaltung in allen Dimensionen und durch eine Strategie der Prioritätensetzung zusammen mit den irakischen Behörden mit Unterstützung der Vereinten Nationen und der Völkergemeinschaft bedürfen,
- K. in Kenntnis des EU-Hilfsprogramms 2005, in dem Mittelzuweisungen von insgesamt 200

Mio. Euro veranschlagt sind und von einem Bedarf ausgegangen wird, der seinen Ausdruck in der nationalen Entwicklungsstrategie (2005-2007) findet, die von der irakischen Interimsregierung entwickelt wurde,

- L. in der Erwägung, dass die Europäische Union mit der UNO, der eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau des Landes zukommt, und mit anderen internationalen Organisationen eng zusammenarbeiten muss,
- M. in der Erwägung, dass die EU Mitgastgeber einer Internationalen Konferenz zum Irak am 22. Juni 2005 in Brüssel sein wird,
 - 1. weist auf die Notwendigkeit hin, sich von den Ereignissen der Vergangenheit zu lösen und in die Zukunft zu blicken; ist zutiefst besorgt über die Verschlechterung der Sicherheitslage im Irak, seit am 1. Mai 2003 das Ende der Kampfhandlungen verkündet wurde; bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass die im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg gewonnenen Erfahrungen in Zukunft weltweit zu einem in stärkerem Maße multilateralen, demokratischen und ergebnisorientierten Konfliktmanagement führen werden;
 - 2. erinnert an die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni 2003; erinnert an die Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 1483 (2003); weist ferner auf die Resolution 1546 (2004) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hin, die Ausdruck eines neuen Geistes der Zusammenarbeit innerhalb der internationalen Gemeinschaft ist und die die Grundlage für eine effektive internationale Unterstützung des politischen Wandels im Irak und für die Wiederbelebung seiner politischen Autorität und Souveränität unter der Führung der Vereinten Nationen und mit einem klaren Zeitplan bildet;
 - 3. ist der Überzeugung, dass der Fall des Regimes von Saddam Hussein, dem irakischen Volk den Weg in eine friedliche, sichere und demokratische Zukunft eröffnet haben sollte, der ihm durch die repressive Politik dieses Regimes seit Jahrzehnten verwehrt wurde; betont, dass die Sicherheit und Stabilität im Irak und in den Nachbarländern die dringendste Aufgabe ist, der die internationale Gesellschaft gegenübersteht, da dies die alles entscheidenden Voraussetzungen für die Herausbildung eines lebendigen und freiwillig entwickelten Gemeinsinns unter den irakischen Bürgern sind; bringt seine Besorgnis über die derzeitige unsichere Situation zum Ausdruck, die sich sowohl aus der zunehmenden Zahl an terroristischen Handlungen als auch aus anderen Akten gegen die ausländischen Truppen ergibt; stellt fest, dass die internationale Staatengemeinschaft moralisch und politisch verpflichtet ist, darauf zu antworten;
 - 4. erinnert in diesem Zusammenhang daran, wie wichtig es ist, gegen die Straflosigkeit vorzugehen, die nationale Wiederversöhnung zu fördern und alle Personen, die sich schwerer Menschenrechtsverletzungen im Land schuldig gemacht haben, vor Gericht zu stellen; verurteilt die Verletzung der Rechte der Häftlinge im Gefängnis von Abu Ghraib sowie die Verstöße gegen die Bestimmungen der Genfer Abkommen;

Die Wahlen vom Januar 2005 zu einer Übergangsnationalversammlung

5. bekräftigt seine Überzeugung, dass die Wahlen zur Übergangsnationalversammlung ein notwendiger erster Schritt zu einem sanften politischen Wandel im Land waren, und dass sie dazu geführt haben, dass die Wähler fühlten, dass ihre politische Zukunft in ihren eigenen Händen liegt; wenngleich Wahlen allein nicht automatisch zur Demokratie führen; Demokratie bedeutet, dem Willen des Volkes Rechnung zu tragen und das durch eine vom Volk gewählte repräsentative Regierung;
6. begrüßt die Tatsache, dass die ersten Wahlen trotz der schwierigen Umstände wegen des Klimas der Unsicherheit und der Gewalt in zahlreichen Teilen des Landes am festgelegten Tag stattfanden, und dass die allgemeine Wahlbeteiligung ein großer Erfolg war, der den Willen und die Überzeugung des irakischen Volkes zum Ausdruck brachte, seine eigene unabhängige Zukunft mit demokratischen Mitteln zu bestimmen; betont, dass die Sicherheit eine Grundvoraussetzung für den Aufbau eines demokratischen Prozesses darstellt; stellt fest, dass ein großer Teil der sunnitischen Minderheit nicht an den Wahlen teilgenommen hat und dass Mitglieder anderer Minderheiten wie Assyrer und Türken, an der Stimmabgabe gehindert wurden; fordert die irakischen Stellen auf, die Teilnahme dieser Minderheiten an den bevorstehenden Wahlen zu gewährleisten;
7. erkennt das Ergebnis der Wahlen, wie es offiziell bekannt gegeben wurde, an und erinnert daran, dass dies in keiner Weise als ein Endpunkt betrachtet werden darf; fordert, das irakische Parlament und die neue Regierung auf, einen offenen und konstruktiven Ansatz mit dem Ziel, alle Teile der irakischen Gesellschaft zusammenzuführen, zu verfolgen, um ein gemeinsames politisches Projekt für das Land Angriff zu nehmen, damit eine offensichtliche klare Trennung des institutionellen Aufbaus nach ethnischer Zugehörigkeit überwunden wird; begrüßt die Einladung an einige sunnitische Minister, Mitglieder der neuen legitimen Regierung zu werden, und ihre Bestätigung durch das Parlament; begrüßt, dass 31 % der zur Übergangsnationalversammlung Gewählten Frauen sind; nimmt zur Kenntnis, dass das neue irakische Parlament seinen Präsidenten gewählt hat, und gibt seiner tief empfundenen Hoffnung Ausdruck, dass es von nun an in der Lage sein wird, regelmäßig zusammentreten; vertritt die Ansicht, dass die erste Aufgabe des neuen Parlaments und der Regierung sein muss, die Demokratie und den Rechtsstaat, insbesondere durch die Vorbereitung einer neuen Verfassung zu stärken;
8. begrüßt die Einrichtung der irakischen Interimsregierung und das Engagement des Ministerpräsidenten, eine umfassende Beteiligung von sunnitischen Ministern zu gewährleisten;
9. fordert, dass die Nachbarländer von jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irak absehen und die Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität und den Willen des irakischen Volkes anerkennen, mit ihren eigenen Mitteln das konstitutionelle und politische System des Landes aufzubauen;
10. betont, dass es von entscheidender Bedeutung ist, dass die internationale Gemeinschaft die politischen Veränderungen begleitet und die irakischen staatlichen Stellen dabei unterstützt, das anstehende Referendum über eine Verfassung und die allgemeinen, für den 15. Dezember 2005 geplanten Wahlen vorzubereiten; fordert die EU auf, sich rückhaltslos für diese Ereignisse zu engagieren, indem sie mit Zustimmung der irakischen staatlichen Stellen eine glaubwürdige Anzahl von EU-Beobachtern entsendet, um die

Ereignisse vor Ort in Augenschein zu nehmen, und zwar im Rahmen einer eigenständigen EU-Wahlbeobachtungsmission, zu der eine Delegation von Beobachtern aus dem Europäischen Parlament stoßen würde, und der ein beträchtlicher finanzieller Einsatz für die entsprechende Wahlunterstützung vorausgehen müsste;

11. betont die Verantwortung der Europäischen Union für die Förderung und Unterstützung der Tätigkeit der demokratischen Organisationen der irakischen Zivilgesellschaft als strategische Option für die Entwicklung eines neuen demokratischen Irak; ersucht die Kommission, künftig Programme demokratischer Organisationen der irakischen Zivilgesellschaft zur Förderung des Rechtsstaats und der grundlegenden Menschenrechte der irakischen Bevölkerung zu unterstützen;

Die Wiederherstellung der Sicherheit und der Weg zum Wiederaufbau

12. betont, dass die Schaffung eines zufriedenstellenden und verlässlichen soziopolitischen Klimas abhängig ist von der Erfüllung der folgenden Voraussetzungen:
 - (a) Anerkennung der internationalen Legalität und Einhaltung der entsprechenden internationalen Menschenrechtsübereinkommen, um so Menschenrechtsverletzungen zu beenden,(b) Unterstützung und Zusammenarbeit mit den irakischen Stellen auf der Grundlage eines UN-Mandats,(c) Gewinnung des irakischen Volkes für die Übernahme Aufgabe des Wiederaufbaus ihres eigenen souveränen, vereinigten und unabhängigen Staates, (d) Verurteilung aller Formen des Terrorismus und von Gewaltakten sowohl gegen die irakische Zivilbevölkerung als auch gegen die multinationalen Koalitionsstreitkräfte im Irak;
 - (e) Unterstützung der aktiven Schritte der Europäische Union zusammen mit den irakischen Behörden im Kampf gegen Terrorismus;
13. unterstreicht, dass in einem Land, das seit mehr als zwei Jahrzehnten fast ununterbrochen durch Kriege verwüstet und durch Sanktionen geschwächt wurde, im Hinblick auf die Wiederherstellung der Stabilität unbedingt sichergestellt werden muss, dass alle Iraker Zugang zu den Schlüsseldienstleistungen, wie der primären Gesundheitsversorgung und Primärausbildung, sauberem Trinkwasser und geeigneter Abwasserbeseitigung haben; ersucht die EU dringend, ihr beachtliches Know-how und ihre Ressourcen auf die Zusammenarbeit mit den irakischen Behörden und der internationalen Gemeinschaft von Gebern auszurichten, um so sicherzustellen, dass der Bereitstellung dieser Grunddienstleistungen Vorrang gegeben wird;
14. fordert die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, diese Initiative als Gelegenheit zu nutzen, um sich für eine neue Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zum Irak einzusetzen, um die Lage zu bewerten, den Stabilisierungsprozess voranzubringen und (a) Garantien für ein stärkeres Engagement und eine Führungsrolle der Vereinten Nationen zu verabschieden, (b) eine Prüfung und einen Beschluss herbeizuführen, bezüglich der Ersetzung ausländischer Truppen im Irak durch eine UN-Friedenstruppe, insbesondere, da alle Parteien, die bei der Wahl angetreten sind, einen Abzug der ausländischen Truppen gefordert haben und da einige der am Krieg beteiligten Länder jetzt ihre Truppen abgezogen haben beziehungsweise beschlossen haben, diese abzuziehen, auf der Grundlage, dass jeder Beschluss über den Abzug ausländischer Truppen zunehmend eingebunden werden muss in einen klaren Zeitplan,

(c) die Prüfung der Beteiligung von nicht am Krieg beteiligten Ländern an der Ausbildung irakischer bewaffneter Kräfte und Polizei zu ermöglichen;

15. erinnert daran, dass die größte Herausforderung für den Wiederaufbau weiterhin an der institutionellen und sozialen Front gemeistert werden muss, indem die Rechtsstaatlichkeit durch die Schaffung und die Stärkung wirksamer demokratischer Institutionen konsolidiert wird, die Quellen von Spannung unter den verschiedenen Teilen der Gesellschaft trocken gelegt und die Gleichstellungsfrage in alle Projekt mit einbezogen wird sowie die tatsächliche Achtung der universellen Menschenrechte gewährleistet wird;
16. begrüßt die irakische Entscheidung, dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (ISTGH) beizutreten, fordert aber die irakischen Behörden erneut auf, die Todesstrafe abzuschaffen, für angemessene Haftbedingungen zu sorgen und ein leistungsfähiges Justizwesen einzurichten, um die Strafflosigkeit zu bekämpfen, indem Straftäter verfolgt werden; weist darauf hin, dass diese Maßnahmen durch eine kohärente Politik in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur begleitet werden sollte und dass diese Maßnahmen kurz- und mittelfristig durch einen Nothilfeplan ergänzt werden müssen, da weite Teile der irakischen Bevölkerung drastisch verarmt und internationale Unterstützungsmaßnahmen daher notwendig sind;
17. vertritt die Ansicht, dass eine unabhängige Expertenkommission der Vereinten Nationen einberufen werden sollte, der bedeutende irakische und andere internationale Juristen angehören sollten, deren Aufgabe die Ausarbeitung von Vorschlägen für ein umfassendes Programm zur Gewährleistung der Gerechtigkeit im Irak bezogen auf die Verletzung von Menschenrechten und Grundfreiheiten in der Vergangenheit sowie umfassende Verbrechen sein sollte; unterstreicht in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die Führer des ehemaligen Regimes mit dem Recht auf ein gerechtes und objektives Verfahren in Übereinstimmung mit universellen Normen, wozu auch die Abschaffung der Todesstrafe gehört, vor Gericht zu stellen;
18. betont, dass Frauen im Irak weiterhin durch die Rechtsvorschriften und die Rechtspraxis in verschiedener Weise diskriminiert werden; fordert die irakischen Behörden insbesondere dringend auf, Ehrenmorde aus der Welt zu schaffen und sicherzustellen, dass diese Verbrechen genauso verfolgt und bestraft werden, wie andere Morde; fordert die irakischen Behörden in diesem Zusammenhang auf, alle Rechtsvorschriften zu ändern, die Frauen diskriminieren, einschließlich Strafgesetzbuch und Personenstandsrecht, und alle Vorbehalte in Bezug auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) zurückzunehmen; vertritt die Auffassung, dass spezifische Maßnahmen getroffen werden sollten, um die Gleichstellung von Frauen zu fördern und ihren gleichberechtigten Zugang zu den wirtschaftlichen und sozialen Rechten, einschließlich dem Recht auf Bildung, Beschäftigung und dem Zugang zu Gesundheitsdiensten sowie der Freizügigkeit und der Teilnahme am politischen Leben sicherzustellen;
19. fordert dringend die Achtung und den Schutz der Grundrechte der größten Gruppe von Binnenvertriebenen im Irak, der Marsch-Araber, deren Behandlung durch das Regime von Saddam Hussein besonders brutal und tragisch war; fordert nachdrücklich, dass eine langfristige Lösung für das Problem der Binnenvertriebenen im südlichen Irak gesucht

wird, die auch beinhalten muss, dass die Marsch-Araber auf das Land und zu den Gewässern zurückkehren dürfen, die sie über 5 000 Jahre lang bewirtschaftet und befischt haben; unterstützt in diesem Zusammenhang die Entwicklung von Menschenrechtspolitik im neuen Irak, deren Grundlage die Rückerstattung von durch das vorige Regime illegal entwendetem Eigentum bildet;

20. betont die Notwendigkeit des Schutzes des archäologischen Erbes des Irak, wie der antiken Stadt Babylon, durch die Präsenz der ausländischen Truppen und fordert, dass die UNESCO im Rahmen der Bemühungen zum Wiederaufbau des Landes Sanierungsprojekte unterstützt;
21. begrüßt die gemeinsame GASP-Aktion betreffend die integrierte Mission der Europäischen Union zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak und tritt für weitere aus dem Gemeinschaftshaushalt finanzierte Aktionen sowie die Einbeziehung der verschiedenen EU-Organe in ihre Umsetzung;
22. unterstreicht die Notwendigkeit, die transatlantische Partnerschaft durch Lasten- und Aufgabenteilung innerhalb des Rahmens eines effektiven Multilateralismus auch unter Einschluss muslimischer und Nachbarländer zu stärken; fordert in diesem Zusammenhang die Einsetzung einer Friedensmission unter UN-Führung;
23. weist auf die Notwendigkeit hin, die Nachbarn des Irak am Wiederaufbauprozess zu beteiligen: vertritt die Ansicht, dass eine institutionalisierte Zusammenarbeit ein nützliches Forum für Diskussionen und zur Koordination gemeinsamer Belange, wie Sicherheit an den Grenzen, Terrorismus, Waffen- und Drogenhandel und organisiertes Verbrechen darstellt; ist davon überzeugt, dass ferner mit einem solchen Forum schrittweise ein Mechanismus für die Vertrauensbildung und die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der Region entwickelt werden könnte;
24. anerkennt und fördert die Erfahrungen der Wirtschaftspartner aus den gegenwärtigen EU-Mitgliedstaaten, die vor dem Krieg wirksam als Investoren und Dienstleistungsanbieter im Irak aufgetreten sind;

Die EU und das EP, Sonderfall und Aktion

25. sieht die EU-Politik gegenüber dem Irak in dem breiteren Kontext der strategischen Partnerschaft der EU für den Mittelmeerraum und den Nahen Osten und drückt seinen Wunsch aus, dass die EU mittelfristig eine umfassende Regionalstrategie für die nicht-Mittelmeerländer des Nahen Osten entwickelt;
26. stellt fest, dass die Europäische Union die regionale Zusammenarbeit fördern und Irak auffordern muss, sich an der Strategischen Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten zu beteiligen; betont, dass die allmähliche Einrichtung einer regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen ersten wertvollen Schritt zum Abbau von Spannungen darstellen und eine schrittweise Entwicklung der Zusammenarbeit in den Bereichen Politik und Sicherheit ermöglichen wird;
27. unterstreicht die wichtige Rolle, die die Nachbarländer des Irak im Friedensprozess und bei der Erhaltung der Einheit in diesem Land sowie bei der Förderung des demokratischen

Prozesses spielen können; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Nachbarländer des Irak im Rahmen ihrer Außenbeziehungen zu ermuntern, diese Aufgaben erfolgreich wahrzunehmen, und ihre Bemühungen in dieser Frage zu unterstützen;

28. weist darauf hin, dass die Hilfs- und Wiederaufbaupolitik der EU die Fehler der Vergangenheit wiedergutmachen sollte, und ein besseres Verständnis für die gesellschaftlichen Strömungen und Realitäten im Irak mit Hilfe der Zivilgesellschaft und von Nichtregierungsorganisationen zu entwickeln; weist darauf hin, dass die künftigen politischen Institutionen des Iraks Ausdruck des Willens des irakischen Volkes sein, die Einheit des Landes erhalten und die Schaffung einer geografisch dezentralisierten Regierung sowie eines partizipatorischen politischen Systems sowie einer föderativen staatlichen Struktur fördern sollten, die eine störungsfreie Beteiligung aller gesellschaftlichen und ethnischen Bevölkerungsteile sicherstellen und gewährleisten, dass Frauen repräsentiert sind und eine aktive und wirkliche Rolle im politischen Prozess und beim Wiederaufbau spielen, ohne in irgend einer Weise diskriminiert zu werden;
29. befürwortet das Entstehen einer sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung, die kleinen und mittleren Unternehmen die notwendigen Entfaltungsmöglichkeiten bietet; ist der Auffassung, dass die EU-Hilfe bei der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ebenso wichtig ist;
30. unterstützt die Eröffnung von Verhandlungen über den WTO-Beitritt als einen entscheidenden Schritt zu einer Wiedereingliederung von Irak in die Weltwirtschaft; betrachtet es jedoch als erforderlich, in Irak geeignete und legitimierte Institutionen zu schaffen, die ihre Vertreter in die Lage versetzen, die Beitrittsbedingungen auszuhandeln, und befürwortet die kontinuierliche Unterstützung der EU, mit dem Ziel den Beitritt Iraks zu Übereinkommen und Verträgen und dessen aktive Teilnahme in internationalen Organisationen zu fördern, dazu gehören z.B. UNCTAD, UNDP, UNEP, IAO, das Kyoto-Protokoll und das Übereinkommen über die biologische Vielfalt;
31. unterstreicht, dass ein substantieller Beitrag der Europäischen Union zum Wiederaufbau von Irak sich unter keinen Umständen nachteilig auf die Unterstützung anderer Länder oder Regionen auswirken darf; betont, dass die Kommission vollständige, regelmäßige und transparente Informationen über die aktuelle Auszahlung und Umsetzung der EU-Hilfe bekannt geben soll, einschließlich der Mittel, die indirekt über andere Organisationen wie dem Internationalen Wiederaufbaufonds für den Irak bereitgestellt werden;
32. begrüßt, dass die Kommission die Betonung auf den Schuldenerlass legt und die konzertierte Strategie unterstützt, die zu der im November 2004 vom Pariser Klub erlangten Einigung führte, Irak in drei Stufen einen Schuldenerlass von 80% zu gewähren;
33. nimmt zur Kenntnis, dass die EU und Irak angesichts der Größe des Landes und der historischen sowie geographischen Verbindungen gemeinsame Märkte für Waren und Dienstleistungen haben, und unterstützt daher die Anstrengungen die ausgerichtet sind auf eine Verbesserung der Angleichung der Rechtsvorschriften im Wirtschaftsbereich und den Eintritt in einen politischen und wirtschaftlichen Dialog, der vom beiderseitigen Interesse an einer umfassenden Partnerschaft geprägt ist;

34. befürwortet die kontinuierliche Unterstützung seitens der EU zum Aufbau von Kapazitäten in irakischen Verwaltungs- und Wirtschaftseinrichtungen, insbesondere die Wiederherstellung des institutionellen Rahmens, vor allem hinsichtlich der Einrichtung einer unabhängigen Zentralbank, einer stabilen Währung sowie einer Steuer- und Haushaltsbehörde, der ungehinderten Entwicklung der Finanzmärkte und des privaten Sektors zur Unterstützung marktwirtschaftlicher Reformen und ausländischer Direktinvestitionen;
35. nimmt zur Kenntnis, dass dem Irak das Allgemeine Präferenzsystem (APS) der Europäischen Union zugute kommt, und befürwortet eine spezifische Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene, damit das Allgemeine Präferenzsystem im Rahmen der Handelspräferenzen effizient auf Irak angewendet werden kann, sobald es die Umstände erlauben;
36. unterstreicht, dass eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Wiederaufbau und die Entwicklung der irakischen Wirtschaft darin besteht, die Erlöse aus dem Erdölverkauf so einzusetzen, dass sie wieder in Irak investiert werden;
37. betont, dass gleiche Voraussetzungen für Investitionen und eine Angleichung der Rechtsvorschriften im Energiesektor sowohl für die EU als auch für Irak von größtem Interesse sind, da der Irak in der Lage ist, einen beträchtlichen Beitrag zur Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union zu leisten, und eine erhöhte irakische Öl- und Erdgasproduktion potenziell von beiderseitigem Nutzen sein kann.
38. weist darauf hin, dass es von äußerster Bedeutung ist, dass die europäischen Steuerzahler genauestens über die von der EU in Irak verausgabten Beträge und durchgeführten Projekte informiert werden; fordert die Kommission daher auf, eine Informationsstrategie in den europäischen Medien zu verfolgen und auf dem Portal der Europäischen Kommission „EuropeAid Co-operation“ eine Internetseite einzurichten, um entsprechende Informationen über ihre Maßnahmen zugunsten der Entwicklung in Irak zu veröffentlichen und die Transparenz zu erhöhen;
39. fordert, dass alle humanitären und Wiederaufbauprojekte mit sorgfältiger Planung, Transparenz, Kohärenz und mit einer verbesserten Koordinierung und Kooperation mit internationalen Gebern durchgeführt werden und die erforderliche Sicherheit für die Mitarbeiter von Hilfsorganisationen gewährleistet ist;
40. betont, dass der Wiederaufbauprozess neutral durchgeführt werden muss, indem die Wiederaufbauprojekte der Kontrolle der irakischen Interimsbehörden und souveränen Staatsorgane unterstellt werden;
41. unterstreicht die Notwendigkeit, sich insbesondere auf die schwächsten Bevölkerungsteile zu konzentrieren, d.h. Kinder, ältere Menschen und Behinderte, um die medizinische Betreuung und den sozialen Schutz bestmöglich zu gewährleisten;
42. fordert die Geberländer auf, in den Bereichen medizinische Fürsorge und soziale wie finanzielle Unterstützung besondere Projekte für die gesellschaftliche Wiedereingliederung der Opfer von Landminen und Streubomben und deren Familien zu entwickeln und eine effiziente Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagne über die

Minengefahr für die Bevölkerung, insbesondere für Kinder und Frauen, zu organisieren und aktiv Minenräumungen durchzuführen und vom Einsatz von Antipersonenminen abzuwenden;

43. ist der Auffassung, dass das Verfahren der Ausarbeitung der Verfassung von entscheidender Bedeutung für das Land und für den weiteren Institutionenaufbau ist; betont, dass die Rechte der Frauen unbedingt in der neuen irakischen Verfassung verankert werden müssen, und fordert in diesem Zusammenhang, dass die EU dies bei jeder Gelegenheit auf das Nachdrücklichste unterstützt; bietet sein Fachwissen und seine Unterstützung im Hinblick auf die Formulierung der irakischen Verfassung an; schlägt die Reaktivierung der parlamentarischen Dimension des neuen Iraks durch Förderung eines Dialogs zwischen dem irakischen Parlament, dem Europäischen Parlament, den Parlamenten der Nachbarstaaten und dem US-Kongress innerhalb des Rahmens eines erweiterten transatlantischen legislativen Dialogs vor;
44. fordert die sofortige Einsetzung einer parlamentarischen Ad-hoc-Delegation für die Beziehungen zum irakischen Interimsparlament, die mittelfristig in eine ständige parlamentarische Delegation für die Beziehungen zum Irak umgewandelt wird;
45. fordert die Kommission auf, dem Beispiel des Rates zu folgen und eine ständige Vertretung im Irak - unter der Voraussetzung der notwendigen Bewertung der Sicherheitslage für das Personal - einzurichten;

*

* *

46. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung den EU-Mitgliedstaaten, dem Rat, der Kommission, der irakischen Übergangsnationalversammlung, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, den Regierungen der am Barcelona-Prozess beteiligten Länder, den Regierungen des Iran und der Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrats sowie der Regierung und dem Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Einleitung:

A. The War is over: necessity to overcome the past and to look towards the future

1. Starting on a sound basis: assessment of failures and shortcomings of the past

As stated in the June 2003 conclusions of the European Council (Greek Presidency), and following the war, the adoption of UNSC Resolution 1483 demonstrates a new spirit of co-operation within the international community and provides the basis for effective international support for Iraq's political transition as the international community is facing the emergency of actively supporting the restoration of political authority in the failed state of Iraq - where increased insecurity, acts of terrorism and violations of human rights have been constant over the last months, leaving behind thousands of casualties, both military and civilians- and of fostering economic and social prosperity in a deliquescent Iraqi society.

2. Facing new political options for Iraq

The fall of the government of Saddam Hussein has paved the way for the people of Iraq to enjoy a peaceful, secure and prosperous future. Restoring a lively and voluntary civic spirit among Iraqi citizens, which would allow for the establishment of a responsible democratic society, therefore appears to be the most urgent challenge for the international community. It is thus the role of external interference to trigger, foster and accompany changes.

B. What does reconstruction entail?

The reconstruction process should not be viewed as a mechanical procedure limited to the rebuilding of roads, bridges or other types of infrastructure. Referring to UNSC resolution 1483, reconstruction should be far more the result of an all-encompassing political strategy, which would globally integrate the complex political and economic process -including its social and cultural aspects- that aims at transforming progressively Iraq into a modern democracy.

C. Overview of the main interfering factors

Parameters and factors to be considered in the elaboration and implementation of the above-mentioned reconstruction strategy are of different nature and include:

-External and international elements: the respective roles and interaction/co-operation of main governmental and intergovernmental actors like the United Nations, the European Union, and the United States of America on the one hand; regional actors like Iraq's neighbours on the other hand, as they have to play a key-role in supporting stability in the country and in the region, and in contributing to deepen the dialogue and co-operation in all fields with the Arab and Islamic worlds;

-Domestic elements: the influence exerted by the ethnic composition of Iraq and the relative strength of the various components must not be underestimated; especially in the

aftermath of the January elections, the key-issue remains the agreed establishment of sufficient conditions for a smooth national Iraqi reconciliation between the main groups of the Iraqi society; the Shia and Kurdish communities should thus make all possible efforts to have the Sunni community on board in future;

I. The January 2005 elections for a Transitional National Assembly: a first step towards political legitimacy and social/civic sustainability

A. Overall assessment of the January 2005 elections

Often viewed as an instrument of American policy in Iraq, elections for a Transitional National Assembly are by far a necessary first step towards a smooth political transition in the country.

The EU played a significant role in the preparation of these elections, notably by injecting € 31.5 million into the electoral assistance process and by participating in the training of domestic electoral observers, under the aegis of the United Nations Electoral Assistance Mission.

Despite the climate of threats and violence, elections took place on the scheduled day, clearly showing the determination of the Iraqi people and their serious and courageous commitment to a democratic transition. Although attacks were perpetrated on polling stations in Baghdad, Basra and Samarra, the average voting turnout, mainly in Shia and Kurdish areas, was higher than expected (58% on average) for this first free and pluralistic elections in 50 years.

Without minimising the fact that in certain areas (especially in Sunni areas South and West of Baghdad) polling stations remained closed or deserted, it seems that, according to the 179 international observers on the ground and to the Independent Electoral Commission, the 275 Members (out of 7000 candidates) of the Transitional National Assembly were elected in a free and fair manner, as much as this was possible under the difficult above-mentioned circumstances and bearing in mind the serious security problems in important parts of the country.

The final results, announced two weeks after election day, reflect the clear victory of the clerical Shia list lead by religious leader Grand Ayatollah Ali Sistani (48% of the votes), followed by the Kurdish parties (26%). The alliance list (non clerical Shia list) lead by interim Prime Minister Iyad Allawi reached 14% of the votes and the Sunni list casted less than 2%. The above-mentioned reconciliation process is more than ever a necessity.

B. Next steps towards political legitimacy and social/civic sustainability: the organisation of future elections

The election schedule for the future includes two important events:

-15 October 2005: Possible referendum on constitution

-15 December 2005: General elections for government

The international community will have the duty to support the elected national assembly in monitoring the processes leading to these events. Moreover, it will have to offer its contribution -through its expertise- in order to overcome the organisational shortcomings that have emerged during the January elections. Broader issues like the redrafting of the electoral law could also gain from the experience that various international bodies would be willing to share.

C. A necessary post-electoral strategy

As Election Day clearly shows, elections can in no way be considered as an end in itself. The most urgent task now, both for the Iraqi government and for the international community, is to avoid that the already unstable political situation in the country transforms into serious civil unrest, which would clearly undermine any future possibility of democratic promotion and consolidation. A post-electoral political strategy, which would allow all religious (mainly associating the Sunni minority) and ethnic components of the Iraqi society to participate in one way or another in the shaping of the future of the country, is therefore of utmost necessity in order to preserve the unity and viability of the Iraqi state and institutions.

D. EU Electoral Observation Mission

It is a pity that, given the security situation, the EU could not organise a significant electoral observation mission on the ground, as this is usually the case for important elections. The EU, and especially the European Commission, should make all possible efforts to have a credible number of EU observers on the ground to observe the December 2005 elections, preceded by a significant effort in financing electoral assistance. The European Parliament should seriously consider to complement such EU election observation mission by an EP delegation, and seriously consider this option even in the absence of a broader EU mission.

II. Facing the security issue

As the holding of recent elections has shown, security remains the key-factor and the necessary precondition when dealing with the implementation of any single policy. The establishment of a satisfactory and reliable climate and feeling of security in the country and among the Iraqi population is therefore a fundamental forestep to any type of undertaking. A greater commitment of the United Nations in the political stabilisation process is necessary in that respect; monitoring and follow-up should be foreseen as well from the start.

III. What should reconstruction entail?

The issue at stake is the reshaping of a whole society that was dismantled by war, taking into account all aspects of social life, and through a strategy of setting priorities together with the Iraqi authorities.

The EU Assistance Programme 2005 sets out the strategy for the Community contribution to reconstruction in Iraq covering the activities to be undertaken from a total budgetary allocation of €200 million under Heading IV, including the involvement of the European Initiative for Democracy and Human Rights programme. Moreover, the National Development Strategy (2005-2007) developed by the Interim Government already provides a useful contribution to a response to the identified needs.

The EU financial assistance to Iraq shall aim at the following objectives:

a)-On the political front: the establishment of conditions allowing the true respect of universal human right standards, including the protection of minorities; the establishment of an efficient judiciary apparatus and the consolidation of the rule of law, in order to fight impunity and to prosecute in fairness and equity all those responsible for violations of human rights in the country;

b)-On the economic front: move from a centralised oil based war economy to a diversified post conflict peace economy based on a modern and performing but natural agriculture, services and industry, in adequation with the needs and wishes expressed by the Iraqi society;

c)-On the social front: reduce unemployment, poverty and the lack of economic opportunities in order to eliminate main sources of social tension and restore prosperity, whose absence is, in a naturally rich country like Iraq, against all logic;

d)-On the cultural front: fighting illiteracy, contribute to the training of various professional sectors of the Iraqi society, specific programmes aimed at women;

e)-On the environmental front: international standards should be implemented from start in the reconstruction process;

The key challenge, however, remains on the institutional front, i.e. the establishment and consolidation of effective democratic institutions and the rule of law, as well as putting an end to insecurity in the country.

IV. The international dimension of the Iraqi future

The effective multilateralisation of the political process needs to be rethought in the light of a renewed transatlantic partnership on crisis management, as shared involvement does not go without shared responsibility and leadership.

EU policy towards Iraq should not be disconnected from the various EU policies already in place in the broader regional environment, and most notably the *Strategic Partnership for the Mediterranean and the Middle East* launched at the European Council in June 2004 and which will be reviewed by the Euromed Council of Ministers later in May this year; Iraq should also become a consistent part of the European Neighbourhood Policy (ENP) in the framework of the Euromed institutions and policy-making.

The EU should consider to be a priority the strengthening of its relations with the Arab world in general and with members of the Gulf Cooperation Council and other neighbouring countries of Iraq, mainly Syria, Iran and Turkey.

V. The domestic (social and ethnic) aspects of the democratic transition process in Iraq

Reconstruction should not be viewed as a process limited to mere logistics and engineering. There is indeed an absolute necessity to remedy first to the failure of the United States and its allies to understand the dynamics of Iraqi society; the EU and its member states

cannot ignore the importance of the transition process in Iraq and its impact on both one of their neighbouring regions and on international politics in general. Therefore, the priorities are:

-Ensure a stable transition process that would help the integration of all significant groups and prevent the re-emergence of a repressive authoritarian regime;

-Preserve Iraq's unity while encouraging the establishment of a geographically decentralised government and participatory political system; -Foster the reconstruction of Iraqi civil society by supporting non-governmental organisations and offering training in democratisation, human rights, religious tolerance and civil conflict management;

VI. Specific action to be taken by the European Union and specifically by the European Parliament: organisational and policy actions

Given its front-line legitimacy in democratic matters as the only directly elected institution of the EU, the EP could aim at the following objectives:

-The Foreign Affairs Committee of the European Parliament should call for the creation of an *ad hoc* delegation for relations with the Iraqi interim Parliament in order to closely accompany the future evolution of the political transition (drafting of constitutional implementation of announced measures, preparation and taking place of the October referendum) and to prepare a possible electoral observation mission of the EP to Iraq in December 2005; this would be the forerunner of the creation -on the medium-term- of a permanent delegation for relations with Iraq;

-Get directly involved in the training of new Iraqi parliamentarians through the fostering of assistants' exchanges or even by welcoming observers on a short-term basis;

-Recalling that the EP hosted the Convention leading to the European Constitutional Treaty, consider the possibility of hosting and organising preparatory/academic events linked to the drafting of the new Iraqi Constitution;

-Reactivate the parliamentary dimension of the new Iraqi "Social Contract" by fostering a triangular dialogue between the Iraqi Parliament, the European parliament and the US Congress in the framework of an extended TLD;

-Encourage the EC to establish a delegation in Baghdad as soon as possible and foresee the necessary means for that purpose;

VII. Financing of EU policies in Iraq and EU strategy for action

Although the EP welcomes existing financial commitments, it is necessary to insist on the fact that -because of limited resources and financial deficiencies in heading 4- there is a constant difficulty in reconciling the traditional priorities of the Union's external action with a large number of new budget responsibilities resulting from crisis situation, among which the stabilisation and reconstruction of Iraq. This should be resolved more satisfactorily in the longer term, possibly by using the opportunity of the ongoing negotiations on the new financial instruments as well as the current redefining of EU external action instruments.

VIII. Implementing EU policies in the field of democratisation, Human rights and cooperation with civil society (NGOs, Foundations)

As stated already throughout this report, the dramatic and constant worsening of the security situation leads to heavy breaches of fundamental rights and freedoms, among others torture, the kidnapping of civilians and lethal violence against women, which creates additional impediments on the road to democracy;

The European Parliament welcomes the Iraqi decree (6 January 2005) stating that Iraq adopts the Rome Statute for the International Criminal Court (ICC), but reiterates its call on Iraqi authorities to abolish death penalty in the country and to ensure appropriate detention conditions and equitable trial for prisoners; specific attention should also be paid to the case of disappeared people and be investigated adequately;

In order to remedy to the rapid deterioration of women's condition, the drafting of the constitution should clearly stipulate non-discrimination against women. Violence, attacks and murders of women must be properly investigated. On a more general basis, clear measures should be taken in order to allow women to participate actively in the reconstruction process and political rehabilitation of the country.

30.3.2005

STELLUNGNAHME DES ENTWICKLUNGSAUSSCHUSSES

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

zu der Europäischen Union und Irak - Rahmenkonzept für ein zunehmendes Engagement (20004/2168(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Luisa Morgantini

VORSCHLÄGE

Der Entwicklungsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen: nimmt zur Kenntnis, dass

1. nimmt zur Kenntnis, dass die Durchführung der Wahlen in Irak am 30. Januar 2005 und ihr Ausgang das Bedürfnis des irakischen Volkes nach Demokratie und seinen Willen, gemäß der Resolution 1546 der Vereinten Nationen frei, in Frieden und in einer Demokratie zu leben, zum Ausdruck bringen; betont, dass die hohe Wahlbeteiligung trotz der großen Gefahrenlage unmissverständlich den Willen der großen Mehrheit der Iraker zeigt, demokratisch über ihre eigene Zukunft zu entscheiden; unterstreicht auch, dass diese Wahlen unter hohen Sicherheitsrisiken und vielfachem Druck sowohl im Hinblick auf die Stimmabgabe als auch auf die Stimmenthaltungen abgehalten wurden;
2. unterstreicht, dass die Wahlen zwar einen wichtigen Schritt im irakischen Friedens- und Wiederaufbauprozess darstellen, sie jedoch als ein erster Schritt in dem gesamten Nachkriegswiederaufbauprozess betrachtet werden sollten, und dass daher die weitere Unterstützung der EU von großer Bedeutung für die weitere Stärkung der Demokratisierung, des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels einschließlich des Aufbaus von Institutionen, der Mitausarbeitung der Verfassung, der Durchführung des Referendums über die Verfassung und der Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung ist, und große Bedeutung für deren Unterstützung des Rechtsstaats besitzt;
3. betrachtet es als wichtig, dass die Wahlen in Irak von unabhängigen Wahlbeobachtermissionen von internationalen Organisationen und der EU überwacht werden, und bedauert, dass dies beim letzten Mal nicht möglich war;

4. unterstreicht die herausragende Rolle aller neuen, demokratisch gewählten Institutionen - Nationalversammlung, Regierung und Präsident - im Prozess der nationalen Versöhnung in Irak, die streng auf der uneingeschränkten Einhaltung der bestehenden und entstehenden Gesetze, der Stärkung des Rechtsstaats und der uneingeschränkten Einhaltung der bestehenden und entstehenden Gesetze durch die Bevölkerung basieren sollten, was wesentliche Voraussetzungen für die Stabilität und die Entwicklung eines freien Irak sind;
5. fordert die EU auf, alle möglichen Unterstützungsmaßnahmen in Betracht zu ziehen, um Justiz und Inneres, einschließlich einer Gesetzesreform, in Irak zu stärken; unterstreicht, dass es wichtig ist, den demokratischen Prozess zu stärken sowie die irakische Zivilbevölkerung, die durch politische Parteien, verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft und demokratische Nichtregierungsorganisationen vertreten wird, zu beteiligen;
6. begrüßt das vor kurzem angenommene Irak-Hilfsprogramm der Kommission für das Jahr 2005, das sich auf insgesamt 200 Millionen EUR beläuft und ein klares Zeichen für das starke Engagement und die große Bedeutung darstellt, die die EU gerade diesem Land und seinem Volk beimisst, und weist deutlich auf die weiter zu unterstützenden Schlüsselbereiche wie Bildung, Kunst und Kultur, Gesundheitswesen, Beschäftigung, Energie, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Umweltschutz, Wohnungsbau, Landwirtschaft, Handel und Investitionen hin;
7. betont, dass es wichtig ist, den demokratischen Prozess durch die Unterstützung lokaler Organisationen und Verbände, die die Zivilgesellschaft vertreten, zu stärken, und auf verschiedenen Gebieten der Entwicklung der Kultur und der Verbreitung von Informationen tätig zu werden;
8. weist darauf hin, dass die europäischen Steuerzahler in aller Offenheit über die von der EU in Irak verausgabten Beträge und durchgeführten Projekte informiert werden müssen; fordert die Kommission daher auf, eine Informationsstrategie in den europäischen Medien zu verfolgen und auf dem Portal der Generaldirektion der Europäischen Kommission „EuropeAid Co-operation“ eine Internetseite einzurichten, um entsprechende Informationen über ihre Maßnahmen zugunsten der Entwicklung in Irak zu veröffentlichen und die Transparenz zu erhöhen...
9. fordert, dass alle humanitären und Wiederaufbauprojekte mit sorgfältiger Planung, Transparenz, Kohärenz und mit einer verbesserten Koordinierung und Kooperation mit internationalen Gebern durchgeführt werden und die erforderliche Sicherheit für die Mitarbeiter von Hilfsorganisationen gewährleistet ist;
10. verurteilt und beklagt, dass weiterhin ausländische Journalisten und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen entführt werden, und fordert die irakischen und ausländischen Sicherheitskräfte auf, sich auf eine unverzügliche Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage durch eine Stärkung der nationalen Armee und der nationalen Polizeikräfte zu konzentrieren; begrüßt in diesem Zusammenhang die Absicht des Rates, eine besondere Ausbildung für die irakischen Polizeikräfte zu organisieren - die auch auf dem Gebiet der Menschenrechte und in geschlechterspezifischen Fragen geschult werden

sollten - und regt an, die Entsendung einer EU-Polizeimission in Betracht zu ziehen, die sich auf die Schaffung eines sicheren Arbeitsumfeldes für diese äußerst gefährdeten Berufsgruppen im Bereich der humanitären Hilfe konzentriert;

11. fordert die intensivere Beteiligung der Vereinten Nationen am Wiederaufbau im Einklang mit verschiedenen Resolutionen der Vereinten Nationen und die Übertragung friedenserhaltender und friedensbildender Einsätze auf die Vereinten Nationen unter einem klaren Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, um dadurch den Multilateralismus weltweit zu stärken;
12. betont, dass der Wiederaufbauprozess neutral durchgeführt werden muss, indem die Wiederaufbauprojekte der Kontrolle der irakischen Interimsbehörden und souveränen Staatsorgane unterstellt werden;
13. 13. betont, dass Frauen während des Wiederaufbauprozesses besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, indem die Gleichstellungsfrage in alle Projekte mit einbezogen wird, besondere, auf Frauen ausgerichtete kleine und mittlere Projekte ausgewiesen werden - vor allem die Wiederherstellung des Gesundheitswesens, die Bildung und Erholungsmöglichkeiten - und ein Länderreferent für das zukünftige EU-Büro/die zukünftige EU-Delegation mit besonderer Zuständigkeit für geschlechterspezifische Fragen benannt wird;
14. unterstreicht die Notwendigkeit, sich insbesondere auf die schwächsten Bevölkerungsgruppen zu konzentrieren, d.h. Kinder, ältere Menschen und Behinderte, um die medizinische Betreuung und den sozialen Schutz bestmöglich zu gewährleisten;
15. fordert die Geber und Empfänger nachdrücklich auf, besondere Projekte in den Bereichen Bildung und Berufsausbildung für die schwächsten Mitglieder der irakischen Gesellschaft, d.h. Kinder und Jugendliche, zu konzipieren, um ihnen über das Trauma hinwegzuhelfen, das sie aufgrund der brutalen Unterdrückung durch das Baath-Regime, die Sanktionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und aller Kriegs- und Nachkriegssituationen erlitten haben;
16. fordert die Geberländer auf, besondere Projekte für die gesellschaftliche Wiedereingliederung der Opfer von Landminen und Streubomben und deren Familien in den Bereichen medizinische Fürsorge und soziale wie finanzielle Unterstützung zu erarbeiten und eine effiziente Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagne über die Minengefahr für die Bevölkerung, insbesondere für Kinder und Frauen, zu organisieren und aktiv Minenräumungen durchzuführen und vom Einsatz von Antipersonenminen abzusehen;
17. befürwortet, die Kooperation im Hinblick auf den Wiederaufbau in Irak auf die Tagesordnung der Treffen der bilateralen EU-US-Delegation, des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Entwicklungsausschusses, der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen und anderer relevanter Gremien zu setzen und auch regelmäßige Anhörungen durchzuführen, bei denen die Kommission und der Rat das Europäische Parlament über die Probleme und Erfolge beim Wiederaufbau des Irak informieren müssen;

18. unterstützt die Initiative des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, eine Ad-hoc-Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zum irakischen Übergangsparlament einzurichten und im Dezember 2005 eine Wahlbeobachtermission des Parlaments in den Irak zu entsenden.

VERFAHREN

Titel	Die Europäische Union und Irak - Rahmenkonzept für ein zunehmendes Engagement
Verfahrensnummer	2004/2168(INI)
Federführender Ausschuss	AFET
Mitberatende(r) Ausschuss/Ausschüsse Prüfung im Ausschuss	DEVE24.2.2005
Verstärkte Zusammenarbeit	Nein
Berichterstatter(-in/-innen) Datum der Benennung	Luisa Morgantini 6.10.2004
Prüfung im Ausschuss	10.3.2005
Datum der Annahme der Vorschläge	17.3.2005
Ergebnis der Schlussabstimmung	Ja-Stimmen: 25 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Margrietus van den Berg, Danutė Budreikaitė, Nirj Deva, Michael Gahler, Jana Hybášková, Filip Andrzej Kaczmarek, Maria Martens, Miguel Angel Martínez Martínez, Luisa Morgantini, Józef Pinior, José Ribeiro e Castro, Toomas Savi, Jürgen Schröder, Anna Záborská, Jan Zahradil, Mauro Zani
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	John Bowis, Milan Gaľa, Ana Maria Gomes, Fiona Hall, Manolis Mavrommatis, Linda McAvan, Anne Van Lancker, Gabriele Zimmer
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	Inés Ayala Sender, Carl Schlyter

18.4.2005

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR INTERNATIONALEN HANDEL

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

zu der Europäischen Union und Irak - Rahmenkonzept für ein zunehmendes Engagement (20004/2168(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Daniel Caspary

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für internationalen Handel ersucht den federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die von der Kommission vorgeschlagene mittelfristige Strategie für ein Engagement in Irak und bekräftigt die Entschlossenheit der Europäischen Union, den wirtschaftlichen Transformationsprozess von Irak zu einer diversifizierten Marktwirtschaft zu unterstützen, die den Bedürfnissen der irakischen Gesellschaft entspricht und mit den Erfordernissen und Möglichkeiten einer freien und fairen Teilnahme am Welthandel im Einklang steht;
2. unterstützt die Eröffnung von Verhandlungen über den WTO-Beitritt als einen entscheidenden Schritt zu einer Wiedereingliederung von Irak in die Weltwirtschaft; betrachtet es jedoch als erforderlich, in Irak geeignete und legitimierte Institutionen aufzubauen, die ihre Vertreter in die Lage versetzen, die Beitrittsbedingungen auszuhandeln, und befürwortet die kontinuierliche Unterstützung der EU, um den Beitritt zu Übereinkommen und Verträgen und die aktive Teilnahme von Irak in internationalen Organisationen zu fördern, dazu gehören z.B. UNCTAD, UNDP, UNEP, IAO, das Kyoto-Protokoll und das Übereinkommen über die biologische Vielfalt;
3. unterstützt die Entscheidung, im Jahre 2005 200 Mio. EUR für den Wiederaufbau von Irak bereitzustellen, sowie die Ziele des „Hilfsprogramms für Irak 2005“; unterstützt nachdrücklich die Komponente der bilateralen technischen Unterstützung in den Kernbereichen Energie, Handel und Investitionen;
4. unterstreicht, dass ein substantieller Beitrag der Europäischen Union zum Wiederaufbau von Irak sich unter keinen Umständen nachteilig auf die Unterstützung anderer Länder

oder Regionen auswirken darf; betont, dass die Kommission vollständige, regelmäßige und transparente Informationen über die aktuelle Auszahlung und Umsetzung der EU-Hilfe bekannt geben soll, einschließlich der Mittel, die indirekt über andere Organisationen wie dem Internationalen Wiederaufbaufonds für den Irak bereitgestellt werden;

5. begrüßt, dass die Kommission die Betonung auf den Schuldenerlass legt und die konzertierte Strategie unterstützt, die zu der im November 2004 vom Pariser Klub erlangten Einigung führte, Irak in drei Stufen einen Schuldenerlass von 80% zu gewähren;
6. unterstützt die führende Rolle der Vereinten Nationen bei der Koordinierung der Wiederaufbauhilfe über den Internationalen Wiederaufbaufonds für Irak und unterstreicht, dass es von äußerster Wichtigkeit ist sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Europäische Kommission, der Hohe Vertreter und alle anderen Beteiligten bei den Implementierungsmaßnahmen umfassend mit den Vereinten Nationen sowie mit internationalen Finanzinstituten sowohl vor Ort als auch in internationalen Foren zusammenarbeiten;
7. unterstützt die Einrichtung eines regelmäßigen Dialogs zwischen der Kommission, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Investitionsbank, um die Strategien und Initiativen in Bezug auf den Wiederaufbau und/oder den Schuldenerlass sowie auf die diesbezüglichen Anforderungen an die Wirtschaftspolitik zu koordinieren;
8. nimmt zur Kenntnis, dass die EU und Irak angesichts der Größe des Landes und der historischen sowie geographischen Verbindungen gemeinsame Märkte für Waren und Dienstleistungen haben, und unterstützt daher die Anstrengungen zur Verbesserung der Angleichung der Rechtsvorschriften im Wirtschaftsbereich und den Eintritt in einen politischen und wirtschaftlichen Dialog, der vom beiderseitigen Interesse an einer umfassenden Partnerschaft geprägt ist;
9. befürwortet die kontinuierliche Unterstützung seitens der EU beim Aufbau von Kapazitäten in irakischen Verwaltungs- und Wirtschaftseinrichtungen, insbesondere die Wiederherstellung des institutionellen Rahmens, vor allem einer unabhängigen Zentralbank, einer stabilen Währung, einer Steuer- und Haushaltsbehörde, der ungehinderten Entwicklung der Finanzmärkte und des privaten Sektors zur Unterstützung marktwirtschaftlicher Reformen und ausländischer Direktinvestitionen;
10. nimmt zur Kenntnis, dass dem Irak das Allgemeine Präferenzsystem (APS) der Europäischen Union zugute kommt, und befürwortet eine spezifische Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene, damit das Allgemeine Präferenzsystem im Rahmen der Handelspräferenzen effizient auf Irak angewendet werden kann, sobald es die Umstände erlauben;
11. unterstreicht, dass eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Wiederaufbau und die Entwicklung der irakischen Wirtschaft darin besteht, die Erlöse aus dem Erdölverkauf so einzusetzen, dass sie wieder in Irak investiert werden;

12. betont, dass gleiche Voraussetzungen für Investitionen und eine Angleichung der Rechtsvorschriften im Energiesektor sowohl für die EU als auch für Irak von großem Interesse sind, da der Irak in der Lage ist, einen beträchtlichen Beitrag zur Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union zu leisten, und eine erhöhte irakische Öl- und Erdgasproduktion potenziell von beiderseitigem Nutzen sein kann.
13. stellt fest, dass die Europäische Union die regionale Zusammenarbeit fördern und Irak auffordern muss, sich an der Strategischen Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten zu beteiligen; betont, dass die allmähliche Einrichtung einer regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen ersten wertvollen Schritt darstellen wird, um Spannungen abzubauen und eine schrittweise Entwicklung der Zusammenarbeit in den Bereichen Politik und Sicherheit ermöglichen wird;

VERFAHREN

Titel	Die Europäische Union und Irak - Rahmenkonzept für ein zunehmendes Engagement
Verfahrensnummer	2004/2168(INI)
Federführender Ausschuss	AFET
Mitberatende(r) Ausschuss/Ausschüsse Prüfung im Ausschuss	INTA28.10.2004
Verstärkte Zusammenarbeit	Nein
Verfasser der Stellungnahme Datum der Benennung	Daniel Caspary30.9.2004
Prüfung im Ausschuss	12.10.2004 14.3.2005
Datum der Annahme der Vorschläge	18.4.2005
Ergebnis der Schlussabstimmung	Ja-Stimmen: 21 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Francisco Assis, Enrique Barón Crespo, Jean-Louis Bourlanges, Daniel Caspary, Giulietto Chiesa, Sajjad Karim, Caroline Lucas, Erika Mann, David Martin, Javier Moreno Sánchez, Georgios Papastamkos, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Tokia Saïfi, Peter Štastný, Robert Sturdy
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Danutė Budreikaitė, Elisa Ferreira, Antol'n Sánchez Presedo
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	Paulo Casaca, Den Dover, Manolis Mavrommatis

VERFAHREN

Titel	Die Europäische Union und Irak - Rahmenkonzept für ein zunehmendes Engagement			
Verfahrensnummer	2004/2168(INI)			
Grundlage in der Geschäftsordnung	Artikel 45			
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	AFET 28.10.2004			
Mitberatende(r) Ausschuss/Ausschüsse Prüfung im Ausschuss	DEVE24.2.2 005	INTA28.10. 2004	BUDG 28.10.2004	
Nicht abgegebene Stellungnahme(n) Datum des Beschlusses	BUDG 31.1.2005			
Verstärkte Zusammenarbeit Prüfung im Ausschuss				
In den Bericht aufgenommene(r) Entschließungsantrag / -anträge				
Berichterstatter(in/innen) Datum der Benennung	Giorgos Dimitrakopoulos13.9.2004			
Ersetzte(r) Berichterstatter(in/innen)				
Prüfung im Ausschuss	21.2.2005	17.3.2005	26.4.2005	14.6.2005
Datum der Annahme	15.6.2005			
Ergebnis der Schlussabstimmung	Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 9 Enthaltungen: 15			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Vittorio Emanuele Agnoletto, Angelika Beer, Panagiotis Beglitis, Bastiaan Belder, Monika Beňová, Elmar Brok, Philip Claeyss, Simon Coveney, Giorgos Dimitrakopoulos, Camiel Eurlings, Anna Elzbieta Fotyga, Ana Maria Gomes, Alfred Gomolka, Klaus Hänsch, Anna Ibrisagic, Toomas Hendrik Ilves, Jelko Kacin, Ioannis Kasoulides, Helmut Kuhne, Vytautas Landsbergis, Armin Laschet, Francisco José Millán Mon, Philippe Morillon, Pasqualina Napoletano, Cem Özdemir, Justas Vincas Paleckis, Tobias Pflüger, João de Deus Pinheiro, Mirosław Mariusz Piotrowski, Paweł Bartłomiej Piskorski, Raúl Romeva i Rueda, Libor Rouček, György Schöpflin, Gitte Seeberg, Marek Maciej Siwiec, Konrad Szymański, Charles Tannock, Paavo Väyrynen, Ari Vatanen, Josef Zieleniec			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Proinsias De Rossa, Alexandra Dobolyi, Árpád Duka-Zólyomi, Giovanni Claudio Fava, Hélène Flautre, Jaromír Kohlíček, Miguel Angel Martínez Martínez, Rihards Pīks, Aloyzas Sakalas, Alexander Stubb			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	Filip Adwent, Ioannis Gklavakis, Luis de Grandes Pascual, Manolis Mavrommatis, Luisa Fernanda Rudi Ubeda, Thomas Wise			
Datum der Einreichung – A6	20.6.2005		A6-0198/2005	